Erste Ausgabe.

Abonnements-Preis pro Quartal 3 Mark. Die Hallische Zeitung erscheint wochentäglich in erster Ausgabe Vormittags 11½ Uhr, in zweiter Ausgabe Nachm. 4½ Uhr.

Hallische Zeitung

Insertionsgebühren für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum für Halle u. Reg.-Bez. Merseburg nur 15 Pf., sonst 18 Pf. Reclamen am Schluß des redactionellen Theils pro Zeile 40 Pf.

vorm. im G. Schwetschke'schen Verlage. (Hallischer Courier.)

Nummer 14. Halle, Dienstag, 18. Januar 1887. 179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 17. Januar Vormittags.)

☞ Zur **Ersten Ausgabe** gehört als **Beilage** der illustrirte Roman von Ottomar Beta **„Im Weltbrande"** S. 61—64.

Halle, den 17. Januar.

Politische Mittheilungen.

* Die Landtags-Eröffnungsrede benutzt, wie man aus unserer 3. (Extra-) Ausgabe vom Sonntag, welche sie telegraphisch im Wortlaute enthielt, sah, wieder einmal die sich darbietende Gelegenheit, um an die verschiedenen dringenden Finanzbedürfnisse, die auch in den Einzelstaaten der Erledigung harren, zu erinnern und hervorzuheben, daß der Punkt, von dem aus hier allein eine umfassende Abhilfe gewonnen werden kann, in einem Ausbau des indirekten Steuersystems, also in der Reichsgesetzgebung liegt. Im weiteren wendet sich die Aufmerksamkeit natürlich besonders der Stelle zu, in welcher von den weiteren Schritten, die wir auf dem Gebiete des kirchenpolitischen Revisionswerks zu erwarten haben, die Rede ist. Die Ankündigungen der Eröffnungsrede tragen hier einen nicht ganz präzisen Charakter; anscheinend gründet sich die Inaussichtstellung einer neuen kirchenpolitischen Vorlage indessen nicht bloß auf die zuversichtlichen Erwartungen, zu denen die bisherige Temperatur, wenn wir so sagen dürfen, der Verhandlungen mit der Kurie berechtigt, sondern man wird annehmen dürfen, daß in diesen Unterhandlungen auch bereits gewisse feste Grundlagen gewonnen sind, wennschon die Frage, ob unmittelbar bereits ein voller Abschluß der Vereinbarungen zu erwarten steht, die neue kirchenpolitische Vorlage mithin die letzte sein würde, zur Zeit wohl noch eine offene ist. Unter den sonstigen mannigfaltigen und zum Theil hochwichtigen Berathungsgegenständen, welche dem Landtag der preußischen Monarchie in dieser Eröffnungsrede zugewiesen werden, erweckt die Aufgabe der Regelung der Frage der Unfallversicherung für die in der Land- und Forstwirthschaft thätigen Arbeiter ein besonderes Interesse. Aus bekannten Gründen und als Abschluß von Reichstags-Verhandlungen, die noch frisch in der Erinnerung stehen, ist dieser Zweig der Reichsgesetzgebung und der Sozialreform an die Einzellandtage gewandert, und man muß unter verschiedenen Gesichtspunkten gespannt sein, wie sich das preußische Abgeordnetenhaus mit diesem auch an sich schwierigen Problem abfinden wird. Wenn man bedenkt, welche Mehrheit in welcher Zusammensetzung in der letzten Zeit im preußischen Abgeordnetenhause ganz sicher funktionirt hat, dann wird man erkennen, daß es sich hier um eine in der That wichtige Probe handelt, die vielleicht, wofern die Nationalliberalen ihre Hülfe bieten, ganz neue Ausblicke auf die künftige Gestaltung unseres Parteilebens eröffnet. Freilich gebührt gerade dieser Zweig der Unfallversicherungs-Gesetzgebung ja einmal ein ganz eigenartiges und sicher auch eigenartig zu behandelndes Gebiet, und zweitens ein solches, welches gewisse im Nationalliberalismus vertretene Interessen wohl nur in sehr mäßigem Umfange berührt.

Die Nationallib. Korrespondenz schreibt übereinstimmend mit der konservativen Auffassung: Es ist eine wohlberechnete Taktik der oppositionellen Parteien, die Krisis beim Militärgesetz so darzustellen, als ob die Anerbietungen des Reichstags sich von den Forderungen der Regierung schließlich kaum mehr unterschieden hätten und die Auflösung nur erfolgt sei, weil man sie eben brauchte und wünschte. Es ist wahr, die materiellen Verstärkungen der Armee wären von dem aufgelösten Reichstag zu erlangen gewesen, aber man wird es noch oft wiederholen müssen, daß die Frage, ob drei- oder siebenjährige Bewilligung, auf die sich am Ende der Streit zuspitzte, nichts weniger als eine harmlose und praktisch gleichgültige ist. Die Regierung und die zu ihr stehenden Parteien holten sie keineswegs dafür. Wie oft muß man es wiederholen, daß das Verharren auf einer längeren Dauer der Bewilligung dem gerechtfertigten Bestreben entspringt, die Heeresfrage nicht unablässig in den Wahlkämpfen hin und herzerren zu lassen und sie nicht fortwährend von dem guten Willen von Parteien abhängig zu machen, die in allen die Festigkeit des Reichs und Staats betreffenden Fragen so unzuverlässig sind, wie das Centrum und die Fortschrittspartei! Wenn die Opposition die Meinungsverschiedenheit über die Dauer der Bewilligung für praktisch gleichgültig und unbedeutend hält, warum hat sie denn nicht nachgegeben? Warum hat sie denn halsstarrig an ihrem Standpunkt festgehalten? Die Freunde der Regierungsvorlage halten die Differenz keineswegs für geringfügig und waren darum nicht in der Lage nachzugeben. Und dabei handelte es sich nicht um die Erhaltung, sondern um die Erweiterung der Befugnisse des Parlaments, wozu der Augenblick einer großen Gefahr für das Vaterland gewählt werden sollte. Die Parteien der Opposition wissen selbst sehr gut, daß die Frage der Zeitdauer principiell und praktisch von höchster Wichtigkeit ist, wenn sie auch den Wählern vorzureden für gut finden, sie hätten Alles bewilligen wollen, was gefordert war. Eine Bewilligung von Forderungen unter unannehmbaren Bedingungen ist eben einer runden Verweigerung gleich zu achten.

---

* Zwischen der Auflösung des Reichstages und dem Tage der Neuwahlen, 21. Febr., liegt, wie schon in der Sonntagsnummer betont, eine Frist von 37 Tagen. Da die Wählerlisten spätestens vier Wochen vor dem Wahltermin zur öffentlichen Einsicht ausgelegt werden müssen, was im vorliegenden Falle mithin am 24. Januar cr. geschehen muß, so bleiben zur Aufstellung dieser Listen im Ganzen zehn Tage übrig, ein Zeitraum, der bei dem Umfang der damit verknüpften Arbeiten in vielen Orten an die dazu berufenen Kräfte harte Anforderungen stellt. Bei der Auflösung, die der Reichstag am 11. Juni 1878 erlitt, der einzigen, die ihm seither zu Theil geworden war, betrug die Zeit bis zu den am 30. Juli stattgefundenen Wahlen 59 Tage, und die Frist für Aufstellung der Wählerlisten drei Wochen. Doch kann in diesen Wochen das zum Sieg der reichstreuen Parteien Erforderliche geleistet werden, wenn frühzeitig begonnen wird, die Wählerschaft über die Bedeutung dieser wichtigen Zeit weiter aufzuklären. Soweit bis jetzt aus den Provinzial-Zeitungen zu ersehen ist, hat die Auflösung in allen Volkskreisen eine große Bewegung hervorgerufen, welche sich in Zustimmungsadressen an den Reichskanzler, wie in Kiel und Mannheim, oder sich in Verhandlungen über gemeinschaftliche Kandidaten äußert, wie in Weimar, Görlitz, Stuttgart, wo zwischen der deutschen Partei und den Konservativen ein gemeinschaftlicher Kandidat vereinbart wird. Die Entscheidung ist leicht zu treffen, nur den Zeitungen einer himmelblau-liberalen Richtung, wie der Magd. Ztg. und der Saalezeitung, wird die Stellung schwer werden, da sie schon halb und halb bereit sind, Herrn Eugen Richter in die geöffneten Arme zu sinken.

---

* Antrag Solemacher auf Erlaß einer Adresse an den Kaiser. Die großen politischen Debatten, welche in den letzten Tagen den Reichstag beschäftigten, sollen nunmehr im Herrenhause ein Nachspiel erhalten. Wie im Sitzungsbericht bereits erwähnt worden, hat Freiherr von Solemacher-Antweiler, eines der katholischen Mitglieder der vorjährigen kirchenpolitischen Kommission, einen Antrag auf Erlaß einer Adresse an den Kaiser eingebracht, dessen geschäftliche Behandlung für Montag auf der Tagesordnung steht. Die Drucklegung des Antrages nebst Begründung sollte erfolgen, ist aber plötzlich verhindert worden. Die Adresse lautet:

„Das Herrenhaus wolle beschließen: eine Adresse an Seine Majestät den Kaiser und König zu erlassen.

Motive. Se. Majestät unser erhabener Kaiser und König hat in Uebereinstimmung mit den verbündeten Regierungen eine Verstärkung der deutschen Heeresmacht für nothwendig erachtet, um unter gespannten Verhältnissen Deutschland und Europa die Wohlthaten des Friedens zu erhalten, dessen Wahrung seit einer langen Reihe von Jahren der erfolgreichen Sorge Seiner Majestät unseres Kaisers und Seiner Bundesgenossen zu danken ist. Der Deutsche Reichstag hat aber die Bewilligung der ihm gemachten Vorlage an Bedingungen geknüpft, welche ihm neue, vom bisherigen Herkommen abweichende Befugnisse geben sollten. In dem verhängnißvollen Augenblick des Scheiterns der unentbehrlichen Heeresvorlage und nachdem hieraus die Nothwendigkeit der Auflösung des Reichstages sich ergeben hat, erfüllt das Herrenhaus seinen Beruf, wenn es Sr. Majestät die Versicherung unwandelbarer Treue und die Zuversicht ausspricht, daß das preußische Volk zu jedem Opfer bereit sein werde, um seine Armee dauernd in dem zur Sicherung des Vaterlandes nothwendigen Stande zu erhalten.

Freiherr von Solemacher-Antweiler, als Antragsteller. Unterstützt durch: Graf v. Altbann Graf v. Arnim-Boitzenburg, Frhr. v. Bodenhausen. Boie. Graf v. Borcke v. Brand, v. Bredow. Graf v. Brühl. Dr. Dernburg. Dieße. Graf v. Dönhoff. Frhr. v. Dürant. Graf v. Frankenberg-Ludwigsdorff. Alexis Landgraf v. Hessen. Fürst zu Hohenlohe-Oehringen, Herzog v. Ujest. Prinz zu Hohenlohe-Ingelfingen. v. Holleben. Graf v. Houwald v. Katte. Graf v. Keyserling. Graf v. Kleist. von Kleist-Retzow. Graf v. Königsmarck-Plaue. v. Langenn. Graf Lehndorff. Graf zu Lynar. Freiherr v. Manteuffel-Krossen. Freiherr v. Mirbach Graf v. Moltke. v. d. Osten. Graf v. Pfeil. Ganz Edler Herr zu Putlitz. Riedesel Frhr. zu Eisenbach. von Rochow. von Schöning. Graf v. d. Schulenburg-Lieberose. Graf von der Schulenburg-Wolfsburg. Graf zu Solms-Baruth. Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode. Frhr. v. Tettau. v. Wedell v. Wiedebach-Nostitz. von Woyrsch. von Wurmb. Graf von Zieten-Schwerin."

Die Verzögerung ergiebt sich daraus, daß die Motive umgearbeitet werden sollen. Möglichenfalls hängt dies mit einem Artikel der letzten Nordd. Allg. Ztg. zusammen, worin gesagt wird, die Oppositionsparteien des Abgeordnetenhauses würden von dort aus Oppositionsreden für die Reichstagswahlen ins Land schicken, und in diesem Falle wäre es Pflicht des Landtages, solchen Versuchen zu begegnen und der Regierung kräftige moralische Unterstützung zu gewähren, diese Unterstützung könne der Natur der Sache nach nur eine moralische sein, werde aber des Erfolges nicht entbehren.

---

* Der Kaiser arbeitete am Sonnabend längere Zeit allein, nahm den Vortrag des Grafen Perponcher entgegen und empfing den Prinzen Friedrich Wilhelm zu Hohenlohe, den Kriegsminister und den Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode. Später arbeitete der Kaiser noch einige Zeit mit dem General v. Albedyll. — Am Sonntag Vormittag empfing Se. Majestät einen Besuch des Kronprinzen, conferirte darauf mit dem Kultusminister v. Goßler und ertheilte um 1 Uhr dem Präsidium des Herrenhauses Audienz, das hierauf auch von der Kaiserin empfangen wurde. Um 5 Uhr fand beim Kaiser ein größeres Diner statt, zu welchem auch der Bischof Klein von Limburg geladen war. Die Kaiserin hatte den Bischof schon am 15. empfangen.

* Nachdem die Auflösung des Reichstages in Berlin bekannt geworden, versammelte sich eine aus Tausenden von Personen bestehende Menschenmenge vor dem kaiserlichen Palais und brachte dem Kaiser lange, stürmische Ovationen dar. Der Monarch erschien dreimal dankend am Fenster.

* Die Kaiserin verleiht bekanntlich innerhalb der preußischen Monarchie und der Reichslande Elsaß-Lothringen an weibliche Dienstboten, welche 40 Jahre ununterbrochen in derselben Familie gedient haben, eine Auszeichnung, welche in einem goldenen Kreuz nebst Diplom mit eigner Unterschrift besteht. Eine Zusammenstellung der seit 10 Jahren vorgekommenen Fälle dieser Art ergiebt, daß vom 1. Januar 1877 bis Ende Dezember 1886 überhaupt 1363 Dienstboten-Auszeichnungen verliehen worden sind.

* Der Neujahrsbrief des Papstes an den Kaiser Wilhelm wird in Abrede gestellt. Auch die Weihnachtsansprache habe der Papst nicht direkt an den Kaiser gesandt. Eben so wenig hat Leo XIII. an den Kaiser telegraphirt. Wenn die klerikale Presse Deutschlands dies bona fide behauptet, so ist sie getäuscht worden wie der römische „Fanfulla".

* Dem Abgeordnetenhause sind folgende Vorlagen bereits zugegangen:

1. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend das Verfahren und das Kostenwesen bei der Güterconsolidation im Regierungsbezirke Wiesbaden mit Ausnahme des Kreises Biedenkopf und der durch die Kreisordnung vom 7. Juni 1885 mit dem Regierungsbezirke Wiesbaden vereinigten Gemeinden.
2. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewährung einer staatlichen Subvention an die Provinzial-Hilfskasse für die Rheinprovinz behufs Hebung des Grundcreditis.
3. Der Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abgrenzung und Organisation der Berufsgenossenschaften auf Grund des § 110 des Reichsgesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen vom 5. Mai 188 .
4. Der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes vom 19. December 1869, betreffend die Consolidation preußischer Staatsanleihen.

* Dem Herrenhause ist bereits der in der Thronrede angekündigte Gesetzentwurf, betr. die durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten, zur Berathung vorgelegt worden. Dem Entwurf zufolge kann nach § 1 für gemeinschaftliche, durch ein Auseinandersetzungsverfahren begründete Angelegenheiten, als Wege, Triften, Gräben, Trankstätten, Lehm-, Sand-, Mergelgruben, Kalk- oder andere Steinbrüche und ähnliche Anlagen, die Vertretung der Gesammtheit der Betheiligten Dritten gegenüber, sowie die Verwaltung auch nach beendigtem Auseinandersetzungsverfahren von der Auseinandersetzungsbehörde nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen geregelt werden. Die Regelung erfolgt auf Antrag.

* Die Finanzminister der deutschen Einzelstaaten werden in der kommenden Woche in Berlin zu Berathungen zusammentreten. Daß es sich dabei nicht um die Berathung von Steuer-Erlassen handelt, braucht wohl kaum gesagt zu werden.

* Eine Kundgebung zu Gunsten der Militärvorlage haben noch am 14. der Vorstand des Kons. Centralvereins für den Wahlkreis Görlitz—Lauban, der nat.-lib. Wahlverein für Görlitz—Lauban und der Konservative Localverein zu Görlitz in einer großen Wählerversammlung zu Görlitz veranstaltet.

* Die Auflösung des Reichstags hat in allen Volkskreisen Kiels eine große Bewegung hervorgerufen, es werden Zustimmungsadressen an den Reichskanzler vorbereitet.

* Für die Reichstagswahl in Stuttgart sind bereits Verhandlungen über einen gemeinschaftlichen Candidaten der deutschen (nat.-lib.) Partei und der Conservativen im Gange.

* Der bayerische Minister des Auswärtigen v. Crailsheim ist von München nach Berlin abgereist.

* Zur besonderen Freude und Genugthuung gereicht der „Fuldaer Ztg." folgendes, auf Befehl des Papstes vom Cardinal-Staatssecretär Cardinal Jacobini an den Bischof von Fulda, Herrn Kopp, gerichtete Schreiben veröffentlichen zu können, welches zugleich die Stellung vollkommen rechtfertigt, die das genannte Blatt zu den bekannten Vorkommnissen in der ultramontanen Presse eingenommen hatte. Das Schreiben lautet in Uebersetzung:

Hochwürdigster Herr!

Es ist ohne Zweifel zu beklagen, daß in der jüngsten Zeit Erdichtungen verbreitet worden sind, welche Deine bischöflichen Gnaden selbst gezwungen haben, in einer öffentlichen Erklärung Deinem Bedauern Ausdruck zu geben; Erdichtungen insbesondere, als ob Deine bischöflichen Gnaden Antrieb gehabt hätten oder noch hätten, an den Verhandlungen, welche hierselbst zur Beilegung des kirchlichen Streites zwischen dem apostolischen Stuhle und der preußischen Regierung geführt werden. Diese Behauptungen sind gänzlich unwahr.

Indeß mögen Deine bischöflichen Gnaden überzeugt sein, daß Alles, was Du gemäß Deines Hirtenamtes und Deines hervorragenden Einflusses von freien Stücken, wie auch die übrigen Bischöfe, für die Freiheit der Kirche und die Wiederherstellung ihrer Rechte gethan hast, ganz zur rechten Zeit und zweckentsprechend geschehen ist. Hierdurch erwirbst Du Dir um die gesammte Kirche Preußens, ja um die Religion selbst, die größten Verdienste.

Inzwischen spreche ich Deiner bischöflichen Gnaden meine ausgezeichnete Zuneigung und Hochachtung aus und erflehe und wünsche Dir vom Herrn alles Glück und Wohlergehen.

Rom, den 4. December 1886.

* Der Etat der Verwaltung der direkten Steuern weist in den Einnahmen ein Plus von 2150000 ℳ auf. Es ist veranschlagt die Grundsteuer 40080000 ℳ (— 24000), Gebäudesteuer 30150000 ℳ (+ 420000), klassifizirte Einkommensteuer 38862000 ℳ (+ 908000),

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870118 1-18/fragment/page=0001

Klassensteuer 22 911 800 ℳ (+ 454 300), Gewerbesteuer 20 008 000 ℳ (+ 487 000), Eisenbahnabgabe 266 000 ℳ (+ 3000), direkte Steuern in den Hohenzollernschen Landen 278 300 ℳ (+ 300), Fortschreibungsgebühren 94 000 ℳ (— 4000), gesetzliche Wittwen- und Waisengeldbeiträge 157 000 ℳ (+ 2000), Strafbeiträge und sonstige Einnahmen 473 900 ℳ (— 96 600), zusammen 153 281 000 ℳ.

Der Etat der indirekten Steuern weist in den Einnahmen auf bei den Reichssteuern 26 170 560 ℳ (+ 349 370), bei den Einnahmen für alleinige Rechnung Preußens 27 917 440 ℳ (+ 974 630), das höchste Mehr mit 500 000 ℳ ergiebt sich bei der Stempelsteuer, welche mit 16 500 000 ℳ, und dann mit 350 000 ℳ bei der Erbschaftssteuer, welche mit 6 000 000 ℳ eingestellt ist.

* Auf Grund der Bestimmungen des Ansiedelungsgesetzes vom 26. April 1886 ist die Einstellung der Einnahmen, sowie der persönlichen und sächlichen Ausgaben der Ansiedelungs-Kommission in den Staatshaushalts-Etat pro 1887/88 zum ersten Male erfolgt. Es betragen die Einnahmen: Zuschuß aus dem § 1 des Gesetzes vom 26. April 1886 bereit gestellten Fonds zur Deckung der Verwaltungs-Ausgaben der Ansiedelungs-Kommission 123 750 ℳ, Einnahme aus der Ueberlassung von Stellen, sowie aus wiederveräußerten Grundstücken und aus Zwischennutzungen, soweit sie nicht aus den Veräußerungen von Domänen und Forsten herrühren 20 000 ℳ, gesetzliche Wittwen- und Waisenbeiträge 618 ℳ, sonstige Einnahme 101 ℳ, zusammen 144 470 ℳ. Die Ausgaben betrugen an Besoldungen 28 410 ℳ (für 2 Räthe und 1 Bau-Inspektor als technischen Hilfsarbeiter 13 800 ℳ, 2 Sekretaire und 2 Kalkulatoren. 1 Registrator und 2 Kanzlisten 12 450 ℳ, 2 Kanzleidiener 2160 ℳ) Wohnungsgeldzuschüsse für die Beamten 3840 ℳ, andere persönliche Ausgaben 25 500 ℳ, sächliche Ausgaben 66 000 ℳ, und zwar: zu Bureaubedürfnissen 16 000 ℳ, zu Tagegeldern, Fuhr- und Versetzungskosten 40 000 ℳ, Dispositionsfonds für den Präsidenten 10 000 ℳ. In Summa betragen die Ausgaben sonach 123 750 ℳ. Da vorgenannte Einnahmen von 20 720 ℳ bis zum 31. März 1907 zu dem in § 1 des Gesetzes bezeichneten Fonds fließen, so erscheinen sie wieder als Ausgabe, welche sich somit auf 144 470 ℳ erhöht.

Oesterreich. Die Einberufung des Reichsraths auf den 28. d. M. ist veröffentlicht.

— Wie die „Politische Correspondenz“ meldet, werden die rumänischen Bevollmächtigten gegen den 28. d. M. zur Fortsetzung der Handelsvertrags-Verhandlungen wieder in Wien eintreffen.

— Bei der Debatte über das Budget im ungarischen Unterhaus trat Tisza den Angriffen der Opposition mehrfach entgegen und forderte schließlich die Abgeordneten auf, sie möchten ihr Votum ohne jede Rücksicht auf Personenfragen abgeben.

Frankreich. Im Publicum und in der Presse wird das Votum des deutschen Reichstags bemerkenswerth ruhig commentirt. Die Morgenblätter sind überwiegend der Ansicht, daß der Kanzler schließlich doch Sieger im Kampfe mit dem Reichstag bleiben werde. — Der „Courier“ sagt, Frankreich müsse jede unvorsichtige Demonstration vermeiden, damit die Wahlen zum deutschen Reichstag gegen Bismarck ausfallen. — Am 14. Abends riefen die Zeitungsverkäufer auf den Boulevards und Straßen „die Niederlage Bismarcks“ aus, obgleich allgemein erwartet wurde, daß die Mehrheit des Reichstags nur drei Jahre bewilligen würde. Die Nachricht machte zuerst ungeheures Aufsehen.

Bei der Leichenfeier für Paul Bert in Auxerre hielt Flourens eine Rede, in welcher er der patriotischen Hingabe gedachte, deren Opfer Bert geworden sei.

Laporte versprach im Ausstellungs-Comité eine großartige Betheiligung der Kolonien, denen die Seine-Ufer angewiesen werden.

Rußland. Jetzt liegen auch Preßstimmen zu den Reden des deutschen Kanzlers vor. Nur der „Herold“ spricht warm von der Freundschaft zwischen Rußland und Deutschland. Auf der andern Seite vermißt die russische Presse eine entschiedene Parteinahme für Rußland in der bulgarischen Frage. Die „Now. Wrjm.“ hat herausgefunden, daß die russische Freundschaft Deutschland nur dazu dienen soll, die französischen Revanchegelüste im Zaume zu halten. Die Rüstungen Deutschlands sind, wie die „Petersburgskije Wjedomosti“ glauben, ausschließlich auf die Furcht vor einem russisch-österreichischen Kriege zurückzuführen. Rußland habe das fest im Auge zu behalten und auf seinen Forderungen zu bestehen. Deutschland werde alle Forderungen erfüllen und ganz Europa auf den Kopf stellen, um einen russisch-österreichischen Krieg zu verhindern, welcher Deutschland den französischen Nachbar auf den Hals hetzen würde. Werde nun Rußland, fragt das Blatt, den günstigen Moment auch diesmal unbenützt vorübergehen lassen? — Herr Katkow in seiner „Moskauer Ztg.“ hebt den Gegensatz zwischen Worten und Thaten hervor, eine in der Politik nicht ungewöhnliche Erscheinung, die aber so stark wie jetzt kaum jemals dagewesen sei.

„Alle wollen den Frieden; Deutschland, Oesterreich und England; alle sprechen sie auch die Hoffnung aus, daß er erhalten bleiben könne, wenn man die „Möglichkeit von Verwickelungen“ beseitige; aber gleichzeitig sind auch alle mit eiligen Rüstungen beschäftigt und überall werden die Armeen verstärkt und mit vollkommeneren Waffen versehen. Alle versichern sie sich gegenseitig der Friedensliebe und bereiten sich doch nicht nur selbst zum Kriege vor, sondern unterstützen darin auch noch andere Hilfsbedürftige. Das ist in jedem Falle äußerst rührend!“

Die deutsche „Petersburger Ztg.“ drückt die Hoffnung aus, daß mit dem Titel der „Anwalt des Friedens“ Fürst Bismarck mehr Glück haben werde, als mit dem „ehrlichen Makler“, welche Bezeichnung in der russischen Presse ganz widersinnig, förmlich im Sinne einer Beleidigung gebraucht wurde. Daß diese Advokatenthätigkeit nicht ohne Gefahr ist, auf beiden Seiten verkannt zu werden, spreche Fürst Bismarck offen aus, nach dem Erachten der „Pet. Ztg.“ allerdings das beste Mittel, diese Gefahr von vornherein zu vermindern.

— Der Zar und der Frieden. Beim Neujahrsempfange des diplomatischen Corps sprach sich Kaiser Alexander mit größter Zuversicht über die Erhaltung des Friedens aus. Dem deutschen Botschafter gegenüber betonte er besonders sein unwandelbares Vertrauen zu Kaiser Wilhelm und zu der Politik des deutschen Reiches. Der Empfang dauerte länger als sonst.

Großbritannien. Der tragische Tod Lord Iddesleighs hat die ganze Nation ohne Unterschied der Partei mit tiefer Trauer erfüllt. Lord Salisbury soll von dem plötzlichen Hinscheiden seines Kollegen, zu dem er seit der Zeit, wo beide Studenten der Universität Oxford waren, in engem Freundschaftsverhältnisse stand, tief erschüttert sein. Seine persönlichen Freunde fürchteten für seine Gesundheit. Die „Times“ sagt, daß die Beziehungen des entschlafenen Staatsmannes zu seinen Kollegen bis zum letzten Augenblicke herzlichster Natur waren. Politische Angelegenheiten im Allgemeinen, nicht seine Demission, welche bereits endgiltig bestimmt war, boten den Anlaß zu seinem letzten Besuch bei Lord Salisbury. Noch an seinem Todestage begann er ein in den freundschaftlichsten Ausdrücken abgefaßtes Schreiben an den ersten Minister. Der Brief ist nicht vollendet worden. Lord Iddesleigh hatte, als Lord Hartington aufgefordert wurde, in's Kabinet zu treten, eigentlich thatsächlich schon seine Demission gegeben, wenn auch nicht förmlich. Er würde in aller Stille das Amt eines Ministers des Auswärtigen niedergelegt haben, wenn seine Demission nicht in den Blättern angekündigt worden wäre, ehe er sie formell gegeben hatte. Der entschlafene Staatsmann wird auf dem Kirchhofe von Upton Pynes, bei Exeter, am nächsten Dienstag zur Ruhe bestattet werden. Die Leichenfeierlichkeiten werden amtlichen Charakter tragen. Die Gebeine sind zur Zeit im Bibliothekzimmer der Stadtwohnung der Familie in einem bleiernen Sarge gebettet, welcher heute Morgen geschlossen werden wird. Ungezählte Kränze und Blumensträuße, zum Theil von unbekannter Hand gespendet, legen den Beweis der Werthschätzung ab, welcher sich der seltene Charakter des Todten erfreute. Lady Iddesleigh hat am gestrigen Tage, halb gebrochen durch den schweren Verlust, das Bibliothekzimmer nicht verlassen. Lady Salisbury und ihre Tochter Lady Gwendolen Cecil machten gestern der tiefgebeugten Wittwe ihren Beileidsbesuch.

Spanien. Glück eines spanischen Handwerkersohnes. Der Königin Christine machte neulich der Bürgermeister von Madrid die erfreuliche Mittheilung, daß nach den Eintragungen seit dem Tode des Königs nunmehr bereits der 1000. Knabe den Namen Alfons erhalten habe. Die Königin, davon tief gerührt, sandte dem „Tausendsten“, nämlich dem Söhnchen eines Schreiners, eine ganze Kinderwäsche-Ausstattung in gediegenem Leinen und mit waschechten Spitzen, einen silbernen Becher und ein Eßbesteck, endlich ein Sparkassenbuch mit einer hübschen Einlage, auf welches sie selbst geschrieben hatte: „Dem tausendsten Alfonso, von einer Frau, welche von zwei Alfonsos beglückt wurde.“ Da muß man sagen, der Schreinersjunge hat Glück entwickelt, daß gerade er der Tausendste war. —

Die am Montag (heute) zusammentretenden Cortes werden ohne Thronrede eröffnet werden. Die Budgetvorlage weist ein Defizit von 60 Millionen auf. Der neue Finanzminister Puigcerver hält sein Projekt des Tabakmonopols und des successiven Verkaufs der Kommunalgüter aufrecht. Auf der Tagesordnung der Session befinden sich auch die Gesetze über die Einführung der Geschwornengerichte und der Zivilehe.

Serbien. Der türkische Gesandte Zia Bey überreichte dem König in einer Privataudienz ein eigenhändiges Antwortschreiben des Sultans, worin derselbe für den ihm durch den König verliehenen Weißen-Adler-Orden dankt. Der neue serbische Gesandte in Konstantinopel, Novakovic, ist, wie aus Konstantinopel gemeldet wird, vom Sultan sehr herzlich empfangen worden.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar.

12¼ Uhr. Am Ministertische: Niemand.

Unmittelbar an die Eröffnung des Landtags im Weißen Saale schließt sich die erste Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses. Der Saal ist schwach besetzt.

Präsident der vorigen Session v. Köller übernimmt den Vorsitz mit folgenden Worten: Nach unserer Geschäftsordnung fällt mir die Aufgabe zu, so lange die Geschäfte des Präsidiums zu führen, bis der Präsident gewählt ist. Ich übernehme in Folge dessen den Vorsitz, eröffne die Sitzung und fordere Sie auf, wie immer, so auch heute, bei Beginn unserer Verhandlungen Zeugniß davon abzulegen, daß die Verhandlungen dieses Hauses alle Zeit geführt werden in Ehrfurcht, Treue und Ergebenheit gegen unseren König und Herrn. Se. Majestät der Kaiser und König lebe hoch! (Die Anwesenden stimmten drei Mal begeistert in diesen Ruf ein.) Zu provisorischen Schriftführern berufe ich die Abgg. Bohtz, Imwalle, Schmidt-Sagan, Worzewski.

Angemeldet sind 276 Mitglieder, das Haus ist also beschlußfähig.

Dem Usus früherer Jahre gemäß wird die Verloosung der Mitglieder in die Abtheilungen dem Bureau überlassen und soll dieselbe nach Schluß der Sitzung vorgenommen werden.

Die nächste Sitzung beraumt der Präsident auf Montag 11 Uhr an mit der Tagesordnung: Wahl der Präsidenten und Schriftführer. Schluß 1¼ Uhr.

Herrenhaus.

1. Sitzung vom 15. Januar.

1 Uhr. Am Ministertische: v. Puttkamer. Dr. Friedberg.

Der Präsident der vorangegangenen Session, Herzog von Ratibor, eröffnet die Sitzung mit folgenden Worten: Meine Herren! Auf Grund unsrer Geschäftsordnung übernehme ich den Vorsitz. Bevor wir in unsere Geschäfte eintreten, lassen Sie uns, wie es bei uns Sitte ist, den Gefühlen der Treue, Anhänglichkeit, Ergebenheit und Verehrung gegen Se. Majestät unsern Allergnädigsten König Ausdruck geben, indem Sie mit mir einstimmen in den Ruf: Se. Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr lebe hoch — und nochmals hoch — und abermals hoch!

Die Mitglieder erheben sich und stimmen dreimal mit Begeisterung in den Ruf ein.

Der Präsident beruft zu provisorischen Schriftführern die Herren Dietze, v. Wiedebach, Theune und v. d. Osten.

Neu eingetreten in das Haus sind die Herren Graf Brockdorff, Graf Henckel v. Donnersmarck, Oberlandesgerichtspräsident v. Holleben, Oberbürgermeister Lindemann-Düsseldorf, Oberbürgermeister Müller-Posen, Oberbürgermeister Schmieding-Dortmund, Oberbürgermeister Hahn-Nordhausen, Oberbürgermeister Zweigert-Essen und Nitykowski-Bremin.

Der zur Feststellung der Beschlußfassung vorgenommene Namensaufruf ergiebt die Anwesenheit von 103 Mitgliedern; das Haus ist also beschlußfähig.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer.

v. Kleist-Retzow: Ich erlaube mir den Vorschlag, daß das bestehende Präsidium durch Acclamation wiedergewählt wird.

Es widerspricht Niemand. Der Präsident konstatirt die Annahme des Vorschlags v. Kleist-Retzow.

Präsident Herzog v. Ratibor: Ich nehme für meine Person die auf mich gefallene Wahl mit großem Danke an und werde mich bestreben, wie in den früheren Sessionen mir das Wohlwollen des Hauses zu erhalten und bitte Sie, mich in meinen Geschäften durch ihre Erfahrung zu unterstützen.

Erster Vicepräsident Graf Arnim-Boitzenburg: Ich danke dem Hause für das mir wiederum geschenkte Vertrauen und nehme die Wahl an.

Zweiter Vicepräsident: Dr. Beseler: Ich nehme gleichfalls dankend die Wahl an.

Auf Antrag des Frhrn. v. Maltzahn werden die bisherige Schriftführer: Dietze, Boticius, v. Neumann, Graf Zieten-Schwerin, v. d. Osten, Theune, v. Schöning, v. Wiedebach durch Acclamation wiedergewählt.

Präsident Herzog v. Ratibor: Das Haus ist damit konstituirt; ich werde Sr. Majestät dem Kaiser und König davon Mittheilung machen und ebenso dem Abgeordnetenhause die Konstituirung der Abtheilungen und der Wahl eines Theils der Fachkommissionen soll unmittelbar nach Schluß der Plenarsitzung stattfinden.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf über die Auseinandersetzung gemeinschaftlicher Angelegenheiten im Regierungsbezirk Wiesbaden. Derselbe wird der verstärkten Agrarkommission überwiesen. Der Präsident kündigt an, daß die rheinische Provinzialordnung und die Haubergsordnung für den Reg.-Kassel demnächst in Aussicht stehen.

Präsident Herzog v. Ratibor: Der Frhr. v. Solemacher-Antweiler hat mir einen Antrag überreicht, der dahin geht, eine Adresse an Se. Majestät den Kaiser und König zu richten. Ich glaube, nach der bestehenden Geschäftsordnung nichts anders verfahren zu können, als daß ich den Antrag mit den Motiven, die er mir überreicht hat, drucken lasse und ihn am Montag auf die Tagesordnung setze und daß dann die weiteren Beschlüsse des Hauses darüber gefaßt werden können.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. (Antrag Solemacher.) Schluß 1¾ Uhr.

Der preußische Staatshaushaltsetat für das Jahr 1887/88

ist bereits am Sonnabend zur Vertheilung gelangt. Es sind für das Jahr 1887/88 die Einnahmen auf 1 288 258 307 ℳ, die Ausgaben im Ordinarium auf 1 283 120 623 ℳ, im Extra-Ordinarium auf 33 596 684 ℳ, zusammen auf 1 316 717 307 ℳ, mithin die Ausgaben auf 28 459 000 ℳ mehr als die Einnahmen veranschlagt. Der Fehlbetrag soll durch eine Anleihe gedeckt werden. Im Vergleich zu der Veranschlagung für das laufende Jahr vermindert sich die Einnahme um 2 445 205 ℳ und erhöht sich die Ausgabe um 13 614 895 ℳ. Bei den ordentlichen Einnahmen ist ein Mehrüberschuß von 12 903 999 ℳ gegen das laufende Jahr in Aussicht genommen, wovon 8 052 224 ℳ auf die Eisenbahnverwaltung entfallen. Bei der Verwaltung der direkten Steuern ist ein Mehrüberschuß von 2 024 600 ℳ, bei der Verwaltung der indirekten Steuern von 1 247 800 ℳ angesetzt. Die Forstverwaltung weist einen Mehrüberschuß von 1 261 200 ℳ auf, die Lotterieverwaltung einen solchen von 1 923 800 ℳ. Von Minderüberschüssen ist derjenige bei der Verwaltung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen im Betrage von 1 252 837 ℳ hervorzuheben. Bei dem Erlös aus Ablösungen 2c. ist ein Minderüberschuß von 200 000 ℳ und bei der Seehandlung ein solcher von 95 000 ℳ anzunehmen. Bei der allgemeinen Finanzverwaltung ist eine Mehreinnahme von 291 280 ℳ an Ueberweisungen aus dem Ertrage der Zölle und der Tabaksteuer, 1 480 600 ℳ Mehreinnahme des vormaligen Staatsschatzes und 1 850 000 ℳ Minderausgabe bei den Ueberweisungen an die Kommunalverbände auf Grund der lex Huene veranschlagt. Entsprechend dem Entwurf zum Reichshaushalts-Etat ist eine Mindereinnahme von 1 621 850 ℳ an Antheil an dem Ertrage der Reichsstempelabgaben sowie eine Mehrausgabe von 19 012 624 ℳ als Matrikularbeitrag Preußens in Ansatz gebracht. Bei den eigentlichen Staatsverwaltungen beträgt das Mehr 368 852 ℳ, die Einnahme an Wittwen- und Waisengeld-Beiträgen ist im ganzen Staatsbereich auf 6 118 874 ℳ, die Ausgabe an Wittwen- und Waisengeldern auf 3 427 602 ℳ veranschlagt.

Bei den Ausgaben im Ordinarium ist eine Mehrausgabe an Zinsen in Folge neuer Anleihen für Staatszwecke im Betrage von 2 760 000 ℳ hervorzuheben, bei den eigentlichen Staatsverwaltungen erhöhen sich die dauernden Ausgaben um 3 386 670 ℳ. Im Etat des Finanzministeriums ist eine Mehrausgabe von 779 958 ℳ angesetzt, davon 500 000 ℳ zur weiteren Erhöhung des Zivilpensionsfonds und 266 000 ℳ bei dem Fonds zu den Wittwen- und Waisengeldern für Hinterbliebene pensionirter Beamten. Der Etat der Bauverwaltung weist eine Mehrausgabe von 393 431 ℳ darunter 330 000 ℳ neu eingestellte Ausgabe zu Vergütungen für Nebenbeschäftigungen der Bauinspektoren auf. Bei der Verwaltung für Handel und Gewerbe beträgt das Mehr der Ausgabe 303 935 ℳ, wovon 150 000 ℳ für die Fortbildungsschulen in Westpreußen und Posen, 33 000 ℳ für Remunerationen an die Vorsitzenden der auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichte sowie 56 700 ℳ für das staatlicherseits zu übernehmende Institut für Glasmalerei in Berlin entfallen. Im Ressort des Ministeriums des Innern tritt eine Mehrausgabe von 393 823 ℳ hervor. Es entfallen von diesen Summen 306 812 ℳ für Zwecke der Polizeiverwaltung in Berlin und in den Provinzen, 144 900 ℳ zu Gehaltszulagen für die Distriktskommissarien der Provinz Posen und 80 202 ℳ für die Gendarmerie. Bei der Strafanstaltsverwaltung ergiebt sich eine Minderausgabe von 223 092 Mark. Die Mehrausgaben bei der landwirthschaftlichen Verwaltung betrugen 225 904 Mark. Im Ressort des Kultusministeriums sind Mehrausgaben namentlich hervorzuheben 810 775 Mk. für das Elementarunterrichtswesen, 185 713 Mark für Universitäten, 106 226 Mark für evangelische Geistliche und Kirchen, 79 022 Mark für höhere Lehranstalten und 77 786 Mk. für Kunst und Wissenschaft. Die dauernde Mehrausgabe für das gedachte Ressort berechnet sich überhaupt auf 1 353 832 Mk. Von den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben im Betrage von 33 596 686 Mark entfallen 14 574 000 Mark auf die Betriebsverwaltungen, 368 969 Mark auf die Dotationen und die allgemeine Finanzverwaltung und 18 653 715 Mark auf die eigentlichen Staatsverwaltungen. Im Nachstehenden geben wir eine spezialisirte Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben.

Es belaufen sich die Einnahmen bei dem Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten auf 82 216 604 Mk. (+ 1 667 010 M.), Finanzministerium 217 689 760 M. (+ 5 350 410 Mk.), beim Ministerium für öffentliche Arbeiten 682 533 094 Mk. (— 8 566 369 Mark), Dotationen und allgemeine Finanzverwaltung 159 510 787 Mk. (+ 16 669 324 Mk.), Staatsverwaltungseinnahmen 1 030 561 Mk. (+ 221 965 Mk.), Ministerium für auswärtige Angelegenheiten 8170 Mk. (+ 100 Mk.), Finanzministerium 2 217 435 Mk. (+ 37 568 Mk.), Ministerium für öffentliche Arbeiten, Bauverwaltung 1 559 600 Mk. (+ 359 600 Mk.), Ministerium für Handel und Gewerbe 1 023 648 Mk.) (+ 58 591 Mk.), Ministerium des Inneren 4 577 515 Mk. (— 34 137 Mk.), Justizministerium 48 770 000 Mk. (— 258 000 Mk.), Ministerium für Landwirthschaft: Landwirthschaftliche Verwaltung und Gestütsverwaltung 3 972 996 Mk. (— 122 060 Mk.), Kultusministerium 2 963 821 Mk. (+ 105 225 Mk.), Kriegsministerium 1388 Mk. Zusammen belaufen sich mithin die Einnahmen auf 1 316 717 307 Mk., d. h. um 13 614 895 Mk. mehr als im vorigen Etat.

Die dauernden Ausgaben betragen A. bei dem Ministerium für Landwirthschaft, Domänen und Forsten 39 241 328 Mk. (+ 664 708 Mk.), beim Finanzministerium 37 718 800 Mk. (+ 248 100 Mk.), beim Ministerium für öffentliche Arbeiten 555 213 418 Mark (— 17 240 088 Mk.). B. Dotationen und allgemeine Finanzverwaltung 378 436 233 Mk. (+ 32 371 012 Mk.) C. Staatsverwaltungsausgaben: Staatsministerium 3 436 624 Mk. (+ 222 147 Mk.), Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 508 710 Mk. (+ 4310 Mk.). Finanzministerium 46 695 320 Mk. (+ 779 958) Mark, Ministerium der öffentlichen Arbeiten 19 048 043 Mk. (+ 393 431 Mk.), Handelsministerium 3 529 323 Mk. (+ 303 935 Mark), Justizministerium 85 156 000 Mark (— 307 000 Mk.), Ministerium des Inneren 42 543 717 Mark (+ 393 823 Mk.), Landwirthschaftsministerium 13 412 914 Mark (+ 242 234 Mk.), Kultusministerium 58 060 326 Mk. (+ 1 353 832 Mk. Kriegsministerium 119 862 Mk., zusammen betragen mithin die dauernden Ausgaben 1 283 120 623 Mk., d. h. um 19 430 402 Mk. mehr als im Vorjahre.

Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben betragen bei dem Staatsministerium 65 400 (— 42 450) Mk., allgemeine Finanzverwaltung 186 469 Mk. (— 221 679) Mark, Finanzministerium 345 000 (— 145 800) Mk., Ministerium für öffentliche Arbeiten 22 479 900 (— 1 890 811) Mark, Handelsministerium 167 800 (+ 28 290) Mark, Justizministerium

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188701181-18/fragment/page=0002

1 909 900 (— 370 700) Mk., Ministerium des Innern 559 626 (— 417 474) Mk., Landwirthschafts-Ministerium 4 137 045 (— 212 121) Mk., Kultusministerium 3 755 544 (— 2 489 642) Mk., Kriegsministerium 30 000 Mk. Zusammen betragen die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben 33 596 684 Mk., d. h. um 5 815 507 Mk. weniger als im vorigen Etat.

Kolonien und Reisen.

— Neuerdings giebt sich auch in Bayern ein gesteigertes Interesse für die Bestrebungen des deutschen Kolonial-Vereins kund. Wie wir vernehmen, hat der Vorsitzende des Vereins, Fürst Hohenlohe-Langenburg, in Begleitung des bekannten Afrika- und Südamerika-Reisenden, Herrn v. Schöler, des Konsuls Weber und des Afrikareisenden Dr. Schwartz die größeren Städte Bayerns mit bedeutendem Erfolge bereist, dergestalt, daß angeregt durch gehaltene Vorträge, in München, Augsburg, Nürnberg und an anderen Plätzen, Zweigvereine des deutschen Kolonialvereins ins Leben getreten sind.

— Die Wiener geographische Gesellschaft erhielt eine Depesche, daß der Afrikareisende Dr. Oscar Lenz in Zanzibar eingetroffen ist und nächstens nach Wien heimkehrt.

— Die Reisenden Delvalle und Benzoni haben die Ueberreste der Expedition Porro's nach Mailand gebracht und Documente übergeben, in welchen die englischen, französischen und italienischen Behörden in Aden und Zeila die Echtheit des Fundes amtlich bestätigen. Von den Gebeinen Porro's wurde nichts gefunden. Von den drei mitgebrachten Schädeln scheinen zwei jene des Professors Licata und des Grafen Cocastelli zu sein; beide sind an den goldplombirten Zähnen erkennbar.

Halle, den 17. Januar.

(Der Abdruck unserer Lokalnachrichten ist nur mit vollständiger Quellenangabe gestattet.)

— Der Vorstand des deutschen Kriegerbundes erläßt folgenden Aufruf: „Es ist uns der Gedanke unterbreitet, für unsre Waisen im Kriegerwaisenhause Glücksburg-Römhild eine kleine Bibliothek einzurichten. An alle unsre Mitglieder und Freunde richten wir die herzliche Bitte, uns einige ihrer entbehrlichen Jugendschriften patriotischen und sittlichen Inhalts (etwa von Nieritz, Hoffmann, Schmied u. a.) zuzuwenden, auch in ihren Bekanntenkreisen zu erbitten. Damit aber eine Sichtung der eingehenden Werke auf Zahl und Inhalt erfolgen kann, bitten wir die entsprechenden Bücher nicht direkt an das Waisenhaus, sondern an Herrn Bezfw. Kam. Quensel Berlin W. Mauerstraße 28 zu senden. Die Sichtung soll durch sachverständige und pädagogisch gebildete Herren bewirkt werden. Jedes Werkchen wird mit Dank angenommen und auf Wunsch der Geber in der Parole genannt. Wir dürfen wohl hoffen, daß der Aufruf auch in unserem Leserkreise Unterstützung finden möge.

— Die in Giebichenstein bestallten 4 Fleischbeschauer haben im vorigen Jahre nicht weniger denn 2684 Stück Schweine, die in dem genannten Orte geschlachtet sind, auf Trichinen untersucht. Keines derselben wurde für trichinös, dagegen zwei mit Finnen behaftet befunden.

— Der auf der Domäne Giebichenstein als Futterknecht angestellte Arbeiter Birnstiel von dort wurde vor einigen Tagen beim Füttern der Ochsen von einem derselben mit dem Horn so unglücklich in das eine Auge gestoßen, daß er desselben verlustig ging.

— Der Herr Oberpräsident der Provinz Sachsen hat unter Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufes genehmigt, daß während der Monate Mai und Juni der fünf Jahre 1887 bis 1891 in den evangelischen Haushaltungen der Provinz Sachsen für die Zwecke des Provinzialausschusses für innere Mission in der Provinz eine Hauscollecte abgehalten werden darf.

— Die Nationalsammlung zur „Beschaffung eines Grundstückes für die Förderung und Pflege der Leibesübungen, insonderheit für die Erbauung von deutschen Turnstätten" hat bis Ende vorigen Jahres an Einnahmen 11 522,41 Mk. zu verzeichnen gehabt. Aus allen Theilen Deutschlands und Oesterreichs sind Beiträge eingelaufen. So hat z. B. Se. Hoheit Herzog Ernst von Sachsen-Altenburg 100 Mk. dazu gegeben, während eine in Altenburg ausgeführte Stadtsammlung 466,75 Mk. ergab.

— In der Irrenheil- und Pflegeanstalt zu Hildburghausen verschied in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember 1886, wie man erst jetzt erfährt, der ehemalige Vertreter des Kreises XIII der deutschen Turnerschaft, Herr Gymnasial- und Turnlehrer Ed. Mönch aus Gotha. Die deutsche Turnerschaft und namentlich der Kreis XIII verliert in dem Heimgegangenen, der seit dem Tode Dr. Otto Ule's den genannten Kreis führte, viel. Plötzlich eingetretene geistige Umnachtung ließ die Ueberführung des thätigen Mannes im September 1884 in die erwähnte Heilanstalt für geboten erscheinen.

— Im Restaurant zum „Rosenthal" wurde gestern Nachmittag nach längerer Pause wieder einmal eine Uebung der Sanitäts-Colonnen des Bezirks XVII des deutschen Kriegerbundes abgehalten, die befriedigend verlief.

— In der Schmidt'schen Stärkefabrik in der Taubenstraße entstand am Sonnabend Nachmittag ein kleiner Brand, der, rechtzeitig bemerkt, bald gelöscht wurde.

— In der am Sonnabend abgehaltenen Sitzung des hiesigen Gärtnervereins referirte Herr Schröder aus der deutschen Gärtnerzeitung. Herr Obergärtner Strauß hatte schöne, in voller Blüthe stehende Orchideen, als: Lycaste Scinneri und Cypripedium venustum und Aphelandra Roezli ausgestellt, welchen der erste Preis zuerkannt wurde. Aufgenommen als Mitglieder wurden die Herren Kegel und Willy Worch.

— Gestern Abend 6¼ Uhr ist bei Niemberg der von Magdeburg kommende Personenzug zum Theil entgleist, Verletzungen 2c. sind dabei zum Glück nicht vorgekommen. Das Geleis ist zur Zeit noch gesperrt.

Bürger-Verein für städtische Interessen.

An der Hand einer Denkschrift des Wasserwerks-Curatoriums wurde von einem Mitgliede des Vereins die vielerörterte Frage über die Unzulänglichkeit des pro Kopf und Tag gewährten Freiwassers (25 Liter) beleuchtet. Als die Stadt im Jahre 1868 die Wasserleitung erhielt, wurde der für das Wasserwerk erforderliche Aufwand durch einen 100-procentigen Zuschlag auf die staatliche Gebäudesteuer gedeckt und der Wasserverbrauch war zunächst ein unbeschränkter. Später trat an die Stelle dieses Zuschlags auf die Gebäudesteuer die Erhebung von 2½ % vom Miethertrage, die sogen. „städtische Grundsteuer" und es wurde der Wasserverbrauch dahin modificirt, daß zunächst 40 Liter pro Kopf und Tag Freiwasser gewährt wurde, welcher Satz später auf 25 Liter herabgestellt wurde. Da die Wasserverwaltung erkannte, daß eine bedeutende Wasservergeudung stattfand, mußte sie aus Sorge für die Auskömmlichkeit auf eine Controlle des Wasserverbrauchs Bedacht nehmen und es erfolgte die Einstellung von Wassermessern. Trotz der nicht völligen Zuverlässigkeit der Wassermesser hat sich letztere Maßregel als wirksam erwiesen, da der Wasserverbrauch, welcher im Monat August 1884 noch 12875 Cubikmeter betrug, in 1885 auf 11865 und in 1886 auf 10886 Cubikmeter herabgegangen ist. Die vielfachen Kundgebungen der Unzufriedenheit aus der Bürgerschaft haben neuerdings das Wasserwerks-Curatorium vor die Frage gestellt, ob der bisherige Modus der Wassergewährung nach Kopf und Zeit nicht in zweckentsprechender Weise abzurunden sei. Das Curatorium ist bei seinen Berathungen zu dem Beschlusse gelangt, für die Wassergewährung den Umfang und die Qualität der Wohnungen maßgebend zu machen, ein Princip, welches von dem bekannten Wassertechniker Zenetti in München als das richtigste aufgestellt wird. Der Wasserwerks-Verwaltung erscheint es nun zur Verwirklichung jenes Princips am zweckmäßigsten, auf jede Mark der 2½ procentigen städtischen Grundsteuer 10 Liter Wasser zu gewähren und mit Rücksicht auf die kleineren Wohnungen, welche bei diesem Modus die bisherigen 25 Liter pro Kopf und Tag nicht erreichen würden, den Minimalsatz auf 25 Liter festzusetzen. Redner zeigt sich für seine Person diesem Vorschlage sehr geneigt und weist an verschiedenen Beispielen nach, wie diese Regelung mehr als die bisherige der Billigkeit entspreche und deshalb jedenfalls zur Beruhigung der Gemüther beitragen werde. Der Magistrat, welcher zunächst über diesen Vorschlag der Wasserwerks-Verwalung zu befinden habe, scheine sich für denselben nicht besonders erwärmt zu haben, da er bei der Stadtverordneten-Versammlung beantragen werde, in Erwägung, daß die Wahrscheinlichkeit nicht ausgeschlossen sei, die Bürgerschaft werde doch wohl zur Ueberzeugung der Auskömmlichkeit mit der bisherigen Wassergewährung gelangen, die Entscheidung wegen Abänderung auf ein Jahr zu vertagen.

Wenn in der Denkschrift behauptet werde, daß von allen deutschen Städten nur Erfurt und Halle Freiwasser haben, so sei dies für unsere Stadt nicht zutreffend, und müsse der historischen Entwicklung der bezüglichen Verhältnisse gegenüber als mindestens nicht correct ausgedrückt bezeichnet werden. Was den Minimalsatz von 25 Liter betrifft, so gingen die Meinungen über die Zulänglichkeit desselben in der Versammlung auseinander. Einerseits wurde behauptet, daß dieser Verbrauch in den kleineren Wohnungen, wie dies ja auch von dem Stadtverordneten Loest für seine Häuser ausdrücklich anerkannt worden sei, meist nicht erreicht werde, demnach als ausreichend bezeichnet werden müsse. Von anderer Seite wurde hiergegen geltend gemacht, daß gerade die Loest'schen Häuser, in denen wegen ihrer Lage zum Wasserthurme der Druck ein nur geringer sei, als maßgebend nicht gelten könnten. Wenn aber in kleineren Wohnungen ein geringerer Wasserverbrauch als 25 Liter pro Kopf festgesetzt worden sei, so liege dies vor Allem daran, daß die Bewohner derselben zum großen Theile des Tages sich außerhalb ihrer Wohnungen befinden und ihren Wasserbedarf da entnehmen, wo sie beschäftigt sind. Für eine Familie, welche ihren Aufenthalt stetig in ihrer Wohnung habe, müsse ein Wasserverbrauch von nur 25 Liter pro Kopf als ungenügend bezeichnet werden. — Auf eine weitere aus der Versammlung erfolgende Frage über die finanzielle Bedeutung des Wasserwerkes für die Stadt wurden von einem anwesenden Stadtverordneten mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, nur annähernde Zahlen geben zu können, folgende Angaben gemacht. Im Jahre 1874, wo also noch der 100prozentige Zuschlag zur Gebäudesteuer für das Wasserwerk erhoben wurde, betrug die Einnahme ca. 78 000 ℳ für 1875, wo die 2½ prozentige städtische Grundsteuer eingetreten war, stieg die Einnahme auf 170—175 000 ℳ, während sie gegenwärtig 180 bis 185 000 ℳ ergiebt, wovon die Stadt nur etwa 100 000 ℳ an die Wasserwerksverwaltung zu zahlen hat und demnach eine sehr wesentliche Einnahmequelle an dem Wasserwerke besitzt. Die Bedeutung einer Erhöhung des 25 Liter-Satzes für diese Einnahme stellt sich rechnungsmäßig so, daß schon eine Erhöhung um nur 1 Liter einen Einnahmeausfall von 900 ℳ, um 10 Liter also, von 9000 ℳ bedeutet. Nach diesen Erörterungen verließ man die Wasserfrage und ging zur Finanzlage der Stadt über, welche nach Allem, was man höre, jedenfalls als eine glänzende nicht bezeichnet werden könne, ja es erscheine die Vermuthung eine wohl nicht unbegründete, daß zur Herstellung des Gleichgewichtes in den Einnahmen und Ausgaben die Steuerschraube etwas angezogen werden müsse. Wenn aber, was ja allerdings bis jetzt nur vermuthet werde, zutreffe, so sei es doch nicht recht verständlich, warum man nicht an eine theilweise Veräußerung des umfangreichen Grundbesitzes der Stadt denke, man werfe in der Frage wohl nicht mit Unrecht die Frage auf, ob es eine finanziell richtige Operation sei, immer nur sehr theuere Grundstücke anzukaufen und bedeutende Summen dadurch festzulegen, ohne wieder an eine angemessene Veräußerung zu denken. Es wurde hierbei an das Stadtgut und insbesondere auch nach Feststellung des nordöstlichen Bebauungsplanes an den städtischen Besitz in der Freiimfelder Flur (130—140 Morgen) gedacht, der einen sehr bedeutenden Preis erzielen werde, sobald man dessen Incorporirung herbeiführe. Noch wurde bei dieser Gelegenheit auf einen sehr folgenschweren Mißstand, auf die in unserer Stadt übliche scharfe Einschätzung zur Einkommensteuer hingewiesen. Es werde hierdurch außerordenlich schwer gemacht, für die kommunalen Bedürfnisse in wünschenswerther Weise zu sorgen, da jeder Steuerzuschlag doppelt hart treffe. Wenn man höre, wie zahlreiche Städte besonders der Westprovinzen einen Steuerzuschlag von 3—4 ja 500 Prozent haben und aufzubringen vermögen, so sei dies doch überhaupt nur möglich, wenn bei der Einschätzung zur Staatssteuer mit aller zulässigen Milde verfahren werde. Und wenn vor mehreren Jahren einmal von competenter Seite erklärt worden sei, daß die Einschätzung in Halle dreimal schärfer, als in den Städten anderer Provinzen erfolge, so sei es doch wahrlich an der Zeit, dies endlich einmal im Interesse unserer Gemeinde zu beherzigen. Zum Schlusse wurde noch einmal die Frage der Ortskrankenkassen in eingehender Weise besprochen und das Bedauern ausgesprochen, daß der vom Stadtverordneten Zander gestellte Vertagungsantrag zur weiteren Erwägung der Verhältnisse nicht angenommen worden sei, zumal es doch eigenthümlich erscheint, daß die Behörde mit einer Maßregel, wie die Errichtung einer gemeinsamen Anmeldestelle, hervorgegangen sei, ohne zuvor die betheiligten Kreise zu hören.

Aufruf!

Nachstehender Aufruf geht uns zur Veröffentlichung seitens des Nationalliberalen Central-Wahlcomitees zu:

Ein gefährlicher Streit ist über unser Vaterland hereingebrochen. Die Auflösung des Reichstags und die bevorstehenden Neuwahlen rufen alle Deutsche zu einer folgenschweren Entscheidung. Eine aus bunten Bestandtheilen der Opposition zusammengesetzte, nur in der Verneinung einige Mehrheit, wich zwar angesichts der Macht vor Thatsachen und der Stimmung des deutschen Volkes vor dem verfänglichen Versuch, die Nothwendigkeit der Verstärkung unserer Wehrkraft offen zu bestreiten zurück, weigerte sich dann aber die Friedenspräsenz des Heeres wie bisher auf sieben Jahre zu bewilligen. Sie brach die selbst in friedlicher Zeit von allen Seiten für nothwendig erachtete und auf dieser Grundlage zwischen der Reichsregierung und dem Reichstage gefundenen Einigung, welche sich zwölf Jahre hindurch den Anforderungen einer festen Heeresorganisation und den Rechten des Parlementes gegenüber als der beste Ausgleich bewährt hatte. Das deutsche Volk, umringt von äußeren Gefahren, mußte erleben, daß die Mehrheit seiner Vertreter eine maßvolle, hinterher selbst von der Mehrheit des Reichstages als nothwendig zugestandene Erhöhung der Friedenspräsenz trotz der eindringlichsten Bitten und Ermahnungen des großen Heerführers in seiner Mitte an Bedingungen knüpfte, welche der Natur der Sache gemäß nach den Erklärungen der Reichsregierung und den bestimmtesten Versicherungen aller bewährten Sachkenner unvereinbar sind mit den festen Grundlagen der Heeresorganisation und somit die durch eine Erhöhung unserer Wehrkraft verstärkte Sicherheit unseres Landes gerade im gegenwärtigen Augenblicke gefährden würden. Die Mehrheit des Reichstages hat so die Verstärkung unserer Heeresmacht zur Vertheidigung des Vaterlandes und zur Wahrung des Friedens ins Ungewisse verzögert, und wenn die deutschen Wähler nicht helfen, verhindert. Sie hat ohne Noth, wo die höchsten Interessen des Vaterlandes die volle Einigkeit im Innern erfordern, die Brandfackel der Zwietracht in das junge deutsche Verfassungsleben geschleudert und wahrlich, unheilvoll werden die Folgen sein, falls nicht das deutsche Volk Wandel schafft.

Darum wenden wir uns an alle Deutsche ohne Unterschied der Partei und Konfession, deren Herzen besorgt sind um die Zukunft des Vaterlandes, welche die Sicherheit und Unabhängigkeit des neuerstandenen Deutschen Reiches höher achten, als die rücksichtslose Geldendmachung von Fraktionsprogrammen welche in dem Kampf um die gesetzlichen Grundlagen unseres deutschen Heeres, dieses Palladiums der Unabhängigkeit der Nation, zugleich eine schwere Gefahr für eine gedeihliche fortschreitende Entwickelung im Innern erblicken. Mögen sie sich fest zusammenschaaren möge, ein Jeder ohne Rücksicht auf persönlichen Vortheil oder Nachtheil, ohne Befangenheit in den Anschauungen der Fraktionen, nur des Vaterlandes gedenken.

Unseren näheren politischen Freunden aber rufen wir zu, daß diesmal vor Allem ein Jeder seine Schuldigkeit thue. Unsere Stellung zu den großen Fragen der Reichspolitik bleibt dieselbe wie bisher. Entscheidend aber ist heute die Sicherung des Landes, der Friede nach Außen und nach Innen. Steht fest auf der Schanze, kläret das Volk auf, tretet den Keim schon der innern Zwietracht nieder, verhütet die Ermuthigung des Auslandes, wählet nur Männer, welche hierfür Sicherheit bieten!

Wir sind des Vertrauens, daß das deutsche Volk auch diesmal alle Lockungen u. Versuchungen zum Rückfall in die alte Uneinigkeit und den inneren Hader unter dem wir Jahrhunderte gelitten und verdarben, siegreich zurückweisen wird.

Berlin, den 16. Januar 1887.

Das Nationalliberale Central-Wahl-Comité und die bisherigen nationalliberalen Mitglieder des Reichstages.

Dr. Abae, Dr. Arnsperger, v. Benda, v. Bennigsen, v. Bernuth, Dr. Böttcher, Buderus, Dr. Bürklin, Brünnings, Dr. Buhl, Cornelsen, Dr. v. Cuny, Feustel, v. Fischer, Francke, Gebhard, Dr. Gneist, Gottburgsen, Dr. Groß, Dr. Haarmann, Dr. Hammacher, Haupt, Hobrecht, Holtzmann, v. Hülst, Kalle, Klumpp, Krämer, Krafft, Dr. Kruse, Leemann, Lent, Dr. Marquardsen, Meier (Bremen), Dr. Meyer (Jena), Miquel, Dr. Müller (Sangerhausen), Noppel, Oechelhäuser, Dr. Oetker, Penzig, Pfähler, Dr. Roemer, Dr. Sattler, Scipio, Dr. Schreiner, Stöcker (Rothenburg), Struckmann, Dr. Tröndlin, Ulrich, Veiel, Woermann, Max Weber, Friedrich Weber, Zeitz, Ziegler.

Wir billigen unbedingt die Anschaunngen dieses nationalliberalen Aufrufs und sind überzeugt, daß er auch bei den Konservativen vollsten Anklang finden wird. Verlautet doch schon aus den verschiedensten Theilen des Vaterlandes, aus Weimar, Crefeld, Berlin, Mannheim, Breslau u. a. Orten, daß sich überall ohne jedes Zögern das Wahlbündniß der Männer vollzieht, welchen diesmal in der für die Wohlfahrt und Sicherung des Vaterlandes wichtigsten Frage das Vaterland höher als die Partei steht. Für Halle dürfte es sich, wie mehrfach verlautet, empfehlen, daß gerade die Männer, welche sich bisher der Militärvorlage angenommen haben, auch für die Wahlen gewissermaßen eine Centralstelle bilden, und sich über einen Candidaten gemeinsam einigen. Schnelligkeit des Entschlusses thut Noth!

Der Frankfurter Sozialistenprozeß.

(Originalbericht der Hallischen Zeitung.)

Frankfurt a. M., 17. Januar 1887.

Erster Tag der Verhandlung.

Die im Monat November hierselbst stattgefundenen Massenverhaftung sozialdemokratischer Führer, in welcher Folge über Frankfurt a. M. und Umgegend der kleine Belagerungszustand verhängt wurde, hat zu einer außergewöhnlich umfangreichen Anklage wegen geheimer Verbindungen Veranlassung gegeben. Am 10. November vorigen Jahres wurde der Behörde hinterbracht, daß in der in der Albusgasse 17 hierselbst belegenen Prinz'schen Gastwirthschaft eine geheime sozialdemokratische Versammlung stattfinde. Es gelang der Behörde auch sogleich, die Versammlung, die in einem verschlossenen, von der Gastwirthschaft vollständig abgetrennten Zimmer tagte, aufzuheben und die 23 Theilnehmer zu verhaften. Sofort vorgenommene Haussuchungen ergaben, daß sämmtliche Verhafteten nicht blos im Besitze zahlreicher verbotener sozialdemokratischer Schriften sich befanden, es ergab sich auch, daß seit etwa zwei Jahren eine feste sozialdemokratische Organisation in Frankfurt und Umgegend bestanden hat. Die Stadt Frankfurt war in zwölf Bezirke getheilt, in denen je ein Vorsteher und ein Kassirer fungirte. Die Organisation hatte die Abhaltung geheimer Versammlungen, die Verbreitung verbotener Schriften, insbesondere des in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat", sowie die Sammlung von Beiträgen 2c. zum Zweck. Die Versammlungen wurden zumeist in der Umgegend von Frankfurt abgehalten. Sie zeitigten u. A. die Bildung einer Land-Agitations-Commission, die die spezielle Aufgabe hatte, des Sonntags Parteigenossen auf die Dörfer zu schicken, um die Landbevölkerung für die sozialistischen Ideen zu gewinnen. Ferner soll zwischen den hiesigen sozialdemokratischen Führern eine Verbindung mit der Redaktion und Administration des „Sozialdemokrat" in Zürich, mit dem bisherigen Reichstagsabgeordneten Paul Singer, sowie mit der Führerin der Berliner Mäntelnäherinnen-Bewegung, Frau Rosa Büge in Berlin u. A. m. bestanden haben. Es fand in Folge dessen sehr bald noch eine Reihe weiterer Verhaftungen statt, so daß zur Zeit etwa 41 Personen verhaftet waren. Davon sind jedoch 6 wegen mangelnder Beweise wieder entlassen worden, während folgende 35 Personen sich seit Anfang November v. J. noch in Haft befinden. Es sind dies: 1) Schneider Herm. Glockzien, 2) Schreiner Adam Driescher, 3) Cigarrenhändler Josef Huber, 4) Schreiner Anton Herbst, 5) Xylograph Adolf Gerecke, 6) Metallarbeiter Friedrich Lehrmann, 7) Schreiner Gustav Kleinschmidt, 8) Schlosser Peter Jacobs, 9) Schreiner Franz Fecher, 10) Schneider August Bornstein, 11) Schlosser Robert Winter, 12) Schreiner Johann Münzer, 13) Steindrucker Wilhelm Trompeter, 14) Gastwirth Heinrich Prinz, 15) Kaufmann Oscar Füllgrabe, 16) Schneider Gotthelf Richter, 17) Schlosser August Berger, 18) Schreiner Johann Hedderich, 19) Schlosser Gottfried Hadler, 20) Schreiner Josef Eichelmann, 21) Bandweber Peter Rücker, 22) Schneider Hermann Wächter, 23) Schreiner Heinrich Schmidt, 24) Schneider Heinrich Blomenkamp, 25) Schreiner Ferdinand Günther, 26) Schreiner Johann Schubart, 27) Schreiner Eduard Steinbrenner, 28) Schneider Carl Heiligenstein, 29) Schneider Peter Klippel, 30) Schneider Johann Witzwässer, 31) Schneider Jacob Naumann, 32) Schuhmacher Carl Dietger, 33) Schreiner Carl Klein, 34) Gärtner Johannes Vielmeter, 35) Hausbursche Bernhart Lohmann.

Diese 35 Personen haben sich heute vor den Schranken der ersten Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts wegen Theilnahme an einer Verbindung, deren Dasein, Verfassung und Zweck vor der Staatsregierung geheim gehalten werden sollte, und zu deren Zwecken und Beschäftigung gehörte, das Sozialistengesetz lahm zu legen, zu verantworten.

Es sind für die Verhandlungen drei Tage in Aussicht genommen.

(Fortsetzung folgt.)

Kunst, Wissenschaft und Theater.

— Die Aktien-Gesellschaft „Bazar" kaufte die „Deutsche Illustrirte Zeitung" für 400000 ℳ.

— Der Tenorist Vogl aus München wurde, wie schon kurz gemeldet, bei der am Donnerstag im Barmer Stadttheater stattgehabten Aufführung der Oper „Rienzi" durch einen unvorsichtigen Dolchstoß eines Darstellers in der Herzgegend oberflächlich verletzt. Die Waffe war für den Bühnengebrauch viel zu spitz. Die Verwundung ist eine flache Fleischwunde und als solche ganz ungefährlich. Trotzdem muß man sich wundern, wie Vogl nach dem ziemlich großen Blutverlust es fertig brachte, seine anstrengende Rolle im folgenden Akte trotz des Schmerzes mit Auszeichnung bis zum Schlusse zu singen, ohne daß das zahlreiche Publikum seinen Zustand bemerkt hätte.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-168721678188701181-18/fragment/page=0003

— Frau Marcella Sembrich ist vom Kaiser zur kgl. preußischen Kammersängerin ernannt.

Todesfälle.

— Der vierundachtzigjährige Maler Friedrich Amerling ist am 14. zu Wien gestorben. Amerling's Hauptverdienst bestand darin, daß er die Frage des coloristischen Prinzipes in der deutschen Kunst zuerst wieder mit Erfolg in den Vordergrund rückte und der letzteren damals die Fortschritte der englischen Kunst zu vermitteln verstand. Friedrich v. Amerling hat in der Porträt- und Historienmalerei, insbesondere in der ersteren eine sehr hohe Stufe erreicht, und unstreitig verdankt ihm die deutsch Malerei, namentlich in coloristischer Beziehung, bedeutende Fortschritte.

— Am 11. starb zu London Generalmajor Butler in Folge eines Sturzes aus dem Wagen. Der Dahingeschiedene trat im Jahre 1839 in die Armee, diente mit dem 28. Regiment im Feldzuge von 1842 43 in Scinde, und betheiligte sich auch an dem ganzen russischen Kriege in 1854/55, einschließlich der Schlachten an der Alma und bei Inkermann, bis zur Belagerung und dem Fall Sebastopols.

— In Köln starb am 12. einer der angesehensten Rechtsanwälte der Stadt, Justizrath Compes.

— Der Zeitungsberichterstatter v. Hoffstetten, der kürzlich, wie wir gemeldet haben, als Geisteskranker in die königliche Charitee gebracht worden war, ist dort gestorben.

— In Breslau starb am 13. der langjährige Leiter der städtischen höheren Töchterschule am Ritterplatz, Director Dr. Fuchs, geb. 1826 zu Beuthen O.-S. Er hat sich um die Pflege der schlesischen Kunstgeschichte und einiger verwandter Specialfächer dauernde Verdienste erworben.

Aus aller Welt.

— **Des Kaisers Güte.** Vor einigen Monaten hatte der 12½ Jahre alte Sohn eines Nachtwächters aus Barmen, welcher besondere Vorliebe zur Erlernung des Violinspielens an den Tag legt und seine Violine gelegentlich eines Falles zerbrochen hatte, sich ohne Vorwissen seines Vaters mit einem Bittgesuch an den Kaiser gewandt, auf daß ihm eine neue Violine geschenkt werde. Nunmehr ist dem Wunsche des kleinen Gesuchstellers entsprochen worden, indem der Vater desselben eine Anweisung erhalten hat, zum Ankauf einer neuen Violine für seinen Sohn bei der Königlichen Steuerkasse 25 Mark zu erheben.

— **Wie man sich durch einen Triller amtlich legitimiren kann,** das hat jüngst Marianne Brandt in New-York gezeigt. Sie empfing von einer Berliner Freundin zu Weihnachten eine Handarbeit, in einem eingeschriebenen Briefe, den sie von der Post abholen sollte. Der Beamte verlangte von ihr eine Legitimation, ehe er die Sendung ausliefern wollte; sie aber trug weder einen Brief, noch eine Visitenkarte bei sich, durch welche sie sich als die preußische Kammersängerin Brandt hätte ausweisen können. „Das könne Jeder sagen" sagte der Beamte, „daß sie Marianne Brandt sei." „Nun", sagte die Künstlerin in ihrer originellen Weise, „sagen kann es Jede, aber beweisen nicht. Hören Sie mal gefälligst zu!" Und sofort ließ sie mehrere schmetternde musikalische Läufe erschallen, so daß nicht nur der Auslieferungsbeamte verwundert lauschte, sondern auch die Thüren der benachbarten Bureaux sich öffneten, und ein aufmerksamer Hörerkreis sich um die Sängerin sammelte. „No doubt", hieß es nun, „you are the famous singer Brandt!" (Zweifellos sind Sie die berühmte Sängerin.) Und der eingeschriebene Brief war im nächsten Augenblicke in ihren Händen. Ob die deutsche Reichspost diese „Legitimation nach Noten" gelten lassen würde, bleibt mehr als zweifelhaft.

— **Der neuerbaute Cirkus Sidoli** zu Bukarest, welcher demnächst eröffnet werden sollte, ist durch eine Feuersbrunst zerstört worden. Ein Verlust an Menschenleben ist nicht zu beklagen.

Aus der Provinz Sachsen und ihrer Umgebung.

Der Nachdruck unserer Original-Correspondenzen ist nur mit Quellenangabe gestattet.

— **Das Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Merseburg veröffentlicht Folgendes:**

Vacante geistliche und Lehrerstellen. Die unter Privatpatronat stehende Pfarrstelle zu Groß-Vargula, Ephorie Erfurt. Das Einkommen derselben beträgt (excl. Wohnung) ca. 3850 ℳ jährlich. Zur Stelle gehört eine Kirche. — Die Lehrer- und Küsterstelle zu Unterwerschen, Ephorie Lissen, zum 1. April.

W **Eisenach,** 15. Jan. (Eine Bärenjagd auf der Eisenbahn.) Wie wir erfahren, brachte der heute Mittag von Frankfurt a. M. angekommene Personenzug in einem Güterwagen einen in einem Käfig befindlichen, von dem zoologischen Garten in Frankfurt nach Leipzig überzuführenden Bären, der aber schon auf dem Wege bis Bebra seinen Käfig durchbrochen hatte. In Bebra machten die Eisenbahnbeamten diese unliebsame Entdeckung, so daß ohne Gefahr kein Gepäckstück aus dem Wagen zu erlangen war. Auch hier in Eisenach konnte der betreffende Wagen noch nicht geöffnet werden und so mußten die in demselben befindlichen Gepäckstücke bis Leipzig mitgenommen werden, wo der Bär in Empfang genommen wird. — Ueber den Empfang, der dem Thiere in Leipzig wurde, schreibt das dortige „Tagebl.":

= **Leipzig,** 16. Jan. Gestern Abend traf die telegraphische Meldung hier ein, daß auf dem Transporte von Mainz nach hier in einem Gepäckwagen der Thüringer Bahn unterwegs ein für eine hiesige Thierhandlung bestimmter Bär, ein starkes, gegen 4 Ctr. schweres Exemplar, sich aus seinem Behälter frei gemacht habe und im Gepäckwagen umherlaufe. Weiter war betont, daß das Thier sehr bösartig sei und deshalb bei seiner Ankunft hier unschädlich gemacht, beziehentlich erschossen werden möchte. Nachts 11 Uhr 24 Min. kam der bedenkliche Transport hier an und es hatte sich auf erhaltene Mittheilung Herr Thierhändler Bode, für dessen Thierhandlung der Bär bestimmt war, auf dem Bahnhofe eingefunden, um die erforderlichen Maßregeln zur Unschädlichmachung des gefährlichen Thieres zu treffen. Nach Lage der Sache konnten diese Maßregeln jedoch nur in der Tödtung desselben bestehen, wofür auch Herr Bode sich vorbereitet hatte. Mit größter Vorsicht nahte man sich dem betreffenden Gepäckwagen und öffnete eine kleine Spalte der Thür, durch welche man in der richtigen Vermuthung, daß der Bär Hunger haben werde, ein Stück Fleisch hinzustecke, das auch der Bär sofort annahm. Kaum zeigte sich aber derselbe an der Thür, so wurde er von Herrn Bode durch zwei wohlgezielte Kugeln in den Kopf todt niedergestreckt. Ein zahlreiches Publikum hatte sich zu dem seltenen Schauspiel eingefunden. Während seines Freiseins im Wagen hatte sich der Bär mit einer darin befindlichen großen Rolle Läuferteppiche vergnügt und nach seiner Weise nicht eben zart damit gespielt.

Industrie und Handel.

— Der Aufsichtsrath der Halleschen Straßenbahn schlägt bei hohen Abschreibungen eine 5¼%ige Dividende für 1886 vor. Der Aufsichtsrath hat es dagegen abgelehnt, die Ausführung der jetzt vom Magistrat ausgeschriebenen drei neuen Linien zu übernehmen, da die gestellten Bedingungen der Gesellschaft unannehmbar erscheinen.

— Die Deutsche Bank beabsichtigt, wie die „Nat.-Ztg." hört, Anfang des nächsten Monats die 5procentigen Obligationen der Cincinnati-Dayton Eisenbahn an die Berliner Börse zu bringen.

Concurssachen, Zahlungsstockungen 2c.

— Concurseröffnungen. Fleischermeister und Gasthausbesitzer Anton Boziau in Bauerwitz. — Kaufmann Louis Jacke in Bielefeld. — Velocipeden-Fabrikant Gust. Lehmann in Brandenburg a. H. — Korbmachermeister Hugo Schoppe in Braunschweig. — Tröbler Heinrich Leopold Julius Saalig in Dresden. — Kaufmannsehelente Clenthorius und Anna Maendel in Erding. — Schneidermeister August Eisemann in Frankfurt a. M. — Hufner Christian Hansen Lund in Simmerstedt (Daderleben). — Kaufmann Hermann Cohn in Leipzig. — Gutsbesitzerin Marie Augste Lange geb. Kärnsch in Teitendorf (Ostpr.). — Gutmacher Karl Bernhard Honer in Geringswalde (Nochlitz). — Handelsmann Seelig Haase in Mur-Goslin (Posen). — Uhrmacher Otto Claus in Frankfurt a. O.

Schiffsverkehr.

— Triest, 16. Januar. Der Lloyddampfer „Achille" ist mit der ostindisch-chinesischen Post heute Vormittag aus Alexandrien hier eingetroffen.

Marktberichte.

Magdeburg, 15 Januar. Granulated 24,25—24,50 ℳ. Krystallzucker I. 24,00 ℳ. Krystallzucker II. 23,00—23,20 ℳ. Kornzucker excl. 96% 20,00—20,25 ℳ. Kornzucker von 95% —.— ℳ. Kornzucker 88% Rend. 19,05—19,25 ℳ. Nachprodukte 75% Rend 15,70—17,00 ℳ. Tendenz: Fest.

Fein Brodraffinade 26,00 ℳ, fein Brodraffinade 25,75—26,00 ℳ. Gem. Raffinade 24 25—25,25 ℳ. Gem. Melis I. 23,50 ℳ. Tendenz: Ruhig.

Kartoffelspiritus für 10,000 l-% loco ohne Faß 37,40—37,70 ℳ.

Magdeburg, 15. Januar. Landweizen 162—166 ℳ, Weißweizen 160—164 ℳ, glatter englischer Weizen 154—159 ℳ. Rauhweizen 146—152 ℳ, Roggen 132—135 ℳ, Chevaliergerste 190—190 ℳ, Landgerste 142—152 ℳ, Hafer 120—128 ℳ für 1000 kg.

Berlin, 15. Januar. Weizen per 1000 Kilogr. loco geschäftslos, Termine still, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 150—174 ℳ nach Qualität bez., gelbe Lieferungsqualität 163 ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per April-Mai 165,25—165,50 ℳ bez. per Mai-Juni 167—167,50—167,25 ℳ bez., per Juni-Juli 168,75 bis 169 ℳ bez., per Juli-August — ℳ bez., per September-Oktober — ℳ bez. — Roggen per 1000 Kilogr. loco still, Termine fester, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 127—132 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 130 ℳ bez., russischer — ℳ bez., inländischer guter 129—130 ℳ ab Bahn bez., per dies. Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez. per April-Mai 132—132,5—132,25 ℳ bez., per Mai-Juni 132,5—132,75—132,5 ℳ bez., per Juni-Juli 133—133,75—133,5 ℳ bez. — Gerste per 1000 Kilogr. still, große und kleine 112—190 ℳ nach Qualität bez. — Hafer per 1000 Kilogr. loco still, Termine still, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., loco 108—146 ℳ nach Qualität bez., Lieferungsqualität 111 ℳ bez., pommerscher, mittel 120—124 ℳ bez., guter 126 ℳ ab Bahn bez., feiner — ℳ bez., preußischer 123—123,5 ℳ ab Bahn bez., feiner — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 112 ℳ nom., per Mai-Juni 113,75 ℳ nom., per Juni-Juli 115,25 ℳ bez., Juli-Aug. — ℳ bez., Aug.-Sept. — ℳ bez. — Mais per 1000 Kilogr. loco still, Termine — gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez., Loco 104—118 ℳ nach Qualität bez., per diesen Monat 113 ℳ nom., per April-Mai — ℳ bez. — Erbsen per 1000 Kilogr. Kochmaare 150—200 ℳ bez., Futterwaare 124 bis 133 ℳ nach Qualität bez. — Oelsaaten per 1000 Kilogr., gekündigt — Ctr., Winterraps — ℳ bez., Sommerraps — ℳ bez., Winterrübsen — ℳ bez., Sommerrübsen — ℳ bez. — Rüböl per 100 Kilogr. mit Faß, Termine ruhig, gekündigt 100 Ctr., Kündigungspreis 46 ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., loco ohne Faß — ℳ bez., per diesen Monat — ℳ bez., per Januar-Februar — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 46 bis 46,2 ℳ bez., per Mai-Juni 46,5 ℳ bez. — Leinöl per 100 Kilogr. loco — ℳ bez., Lieferung — ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% = 10000% Liter, Termine fest, gekündigt — Liter, Kündigungspreis — ℳ bez., loco mit Faß — ℳ bez., per diesen Monat und per Januar-Februar 37,5—37,6 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 38,7—38,8 ℳ bez., per Mai-Juni 39 ℳ bez., per Juni-Juli 39,8 ℳ bez. per Juli-August 40,3—40,4 ℳ bez., per August-September 40,8—40,9 ℳ bez. — Spiritus per 100 Liter à 100% = 10000% loco ohne Faß 37,6 ℳ bez.

Weizenmehl Nr. 00 23,50—22,00, Nr. 0 21,75—19,75 ℳ bez., feine Marken über Notiz bez., blieb in billigeren Marken begehrt. — Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogr. unversteuert incl. Sack, fester, gekündigt — Ctr., Kündigungspreis — ℳ bez. per diesen Monat und per Januar-Februar 17,65 ℳ bez., per Februar-März — ℳ bez., per März-April — ℳ bez., per April-Mai 17,90—17,95 ℳ bez., per Mai-Juni 17,95—18 ℳ bez., per Juni-Juli 18—18,05 ℳ bez.

Leipziger Produktenbörse vom 15. Januar. Weizen per 1000 Kilogramm netto loco hiesiger 164—169 ℳ bez. fremder 200—210 ℳ nominell, feinster über Notiz. Ruhig. — Roggen per 1000 Kilogr. netto loco hiesiger 136—140 ℳ bez. u. Br., fremder 139 ℳ Br. Ruhig. — Gerste per 1000 Kilogramm netto loco hiesige neue 130—150 ℳ bez. u. Br., feinste über Notiz, Futtergerste 115—120 ℳ bez. — Hafer per 1000 Kilogramm netto loco hiesiger 118—120 ℳ bez. — Mais per 1000 Kilogramm netto loco alter amerikanischer 122—125 ℳ Br., rumänischer alter 120—130 ℳ bez., Donau neuer 115—120 ℳ bez. — Rapssaaten per 100 Kilogramm netto loco 11,50—12 ℳ bez. — Rüböl per 100 Kilogr. netto loco flüssiges 46 bez., loco gefrorenes 45,50 ℳ bez. Still. — Spiritus per 10,000 Liter-Procent ohne Faß loco 37,70 ℳ G. Fester.

Liverpool, 15. Januar. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8,000 B. Ruhig. — Tagesimport 19,000 B. — (Schlußbericht.) Umsatz 8000 B., davon für Spekulation und Export 1000 B. Amerikaner stetig, Surats unverändert. Middl. amerikanische Lieferung: Januar-Februar 5 3/64 Käuferpreis, Februar-März 5 5/64 Werth, März-April 5 7/32 Verkäuferpreis, April-Mai 5 9/64 bo., Mai-Juni 5 11/64 bo., Juni-Juli 5 13/64 bo., Juli-August 5 15/64 bo., August-September 5 17/64 bo. do.

Börsennachrichten.

Course um 2½ Uhr. Schwach. Oesterreichische Kreditaktien 480,50, Franzosen 406,00, Lombarden 164,00, Türk. Tabakaktien 79,00, Bochumer Guß 128,75, Dortmunder St.-Pr. 71,25 Laurahütte 88,25, Berliner Handelsgesellschaft 158,50, Darmstädter Bank 139,00, Deutsche Bank 165,50, Diskonto-Kommandit 205,25, Russ. Bank 77,00, Lübeck-Büchener 158,37, Mainzer 94,00, Marienburger 41,87, Mecklenburger 154,87, Ostpreußen 68,50, Dux 137,50, Elbethal 277,50, Galizier 81,62, Gr. Russ. Staatsbahn —.—, Nordwestbahn 271,00, Gotthardbahn 98,25, Rumänier 104,90, Italiener 98,50, Oesterr. Goldrente 91,25, do. Papierrente 65,75, do. Silberrente 66,87, do. 1860er Loose 116,50, Russen alte 95,37, do. 1880er 82,00, do. 1884er 96,00 4% Ungar. Goldrente 87,00, Russ. Noten 190,00, Russ. Orient II. 58,62, do. do. I. 58,50, Serb. Rente 80,12, Neue Serb. Rente 84,00, Egypter 74,50, Mittelmeer 116,50, Buenos Ayres —.—, Nordd. Lloyd —.—, Spanier —.—.

Deutsche Reichs-Anleihe 4% 106,50 B. 3½% 101,80 bz. Preuß. Consolid. Anleihe 4% versch. 106,40 bzB. Preuß. Consolid. Anleihe 3½% 101,75 B. Staats-Anleihe 1868 4% 103,75 G. Staats-Anleihe 1850, 52, 53, 62 4% 102,75 bz. Staats-Schuldscheine 3½% 100,50 B.

Wasserstand der Saale bei Halle an der Königl. Schiffsschleuse bei Trotha am 16. Januar Abends am neuen Unterhaupt 1,74. am 17. Januar Morgens am neuen Unterhaupt 1,74 Meter.

Wasserstand der Unstrut am Brückendegel bei Straußfurt am 15. Januar + 1,15 Meter, am 16. Januar + 1,15 Meter.

Gebauer-Schwetschke'sche Buchdruckerei in Halle.

Wasserstand der Elbe bei Magdeburg am 15. Januar am Pegel + 0,96 Meter.

Wetterbericht der Hallischen Zeitung.

[Nachdruck verboten.]

Muthmaßliches Wetter am 17. Januar.
Windstill, ziemlich heiter, keine Niederschläge, Frost.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 16. Januar. Auf die Kandidatenliste für den hiesigen Bischofsstuhl kommt nach der Schlesischen Zeitung der Name des Benediktiner-Abtes Maurus Wolter in Seckau in Steiermark, bisher in Emaus in Böhmen, eines geborenen Rheinpreußen. Derselbe, ein gelehrter Psalmenforscher, soll versöhnlich, fein von Formen und gleicherweise in Berlin wie in Rom persona grata, vielleicht gratissima sein.

Elberfeld, 16. Januar. Da der 21. Februar Rosenmontag ist, so werden die Reichstagswahlen an diesem Tage Schwierigkeiten in den Städten am Rhein begegnen.

Crefeld, 16. Januar. Gestern Abend ist an den Reichskanzler Fürsten von Bismarck folgendes Telegramm abgesandt worden: Der Ausschuß und die Vertrauensmänner der liberalen Partei Crefelds, zu gemeinsamer Besprechung versammelt, beklagen tief den gestrigen Reichstagsbeschluß; sie geloben, was auch die Zukunft in ihrem Schooße bergen mag, in treuer, heiliger Liebe zu Kaiser und Reich zu stehen und vertrauen rückhaltslos auf Ew. Durchlaucht bewährte Leitung der Geschicke Deutschlands. Stadtverordneter Elfes, Vorsitzender.

Brüssel, 16. Juli. Stanley, welcher gestern eine mehrstündige Unterredung mit dem König hatte, schifft sich am Donnerstag nach Kairo ein, wo er mit Prof. Schweinfurth und Dr. Junker zusammentrifft.

Pest, 16. Januar. Emanuel Andrassy soll Finanzminister werden, auch Lukacs und Hegedues werden genannt.

Krakau, 16. Januar. Die russische Regierung kaufte für 800000 Rubel Fürst Galitzyn's Kunstsammlung.

Paris, 16. Januar. Der Gaulois erhält eine Depesche aus Rom, wonach der Sultan den armenischen Patriarchen Azarian nach Rom entsendet habe, um dem Papst den Vorschlag zu unterbreiten, ob er nicht in der bulgarischen Frage vermitteln wolle. (Wir theilten schon in der Sonntagsnummer mit, daß besonders gute Beziehungen zwischen dem Papst und dem Sultan beständen. Red.)

Rom, 16. Januar. Der „Moniteur de Rome" nennt des Fürsten Bismarck Rede ein Meisterstück patriotischer Vorsicht.

Rom, 16. Januar. Die bulgarischen Deputirten sind heute Morgen hier eingetroffen.

London, 16. Januar. Die meisten Morgenblätter tadeln die Haltung der Majorität des deutschen Reichstags und glauben, sie hätte sich mit dem bloßen Protest gegen das Septennat begnügen sollen. Selbst die radicale „Daily News" meint, die Majorität wählte die unrechte Gelegenheit, um eine Kontrole des Reichstags über das Heer geltend zu machen. Die Mehrzahl Blätter glaubt an einen Wahlsieg der Regierung.

Konstantinopel, 15. Januar. Gabdan Pascha begleitet Zankoff nach Bulgarien zurück.

Verlag der Aktiengesellschaft „Hallische Zeitung" zu Halle.
Verantwortlich für Politik u. Feuilleton Dr. Richard Hamel, für Lokales und Provinz Dr. Ewald Schulze, beide zu Halle.

Hallischer Tages-Kalender.

Dienstag, den 18. Januar:

Königl. Universitäts-Bibliothek: (Friedrichstraße) Geöffnet bis auf Weiteres von 8—1 Vorm. In den letzten zwei Dienststunden Ausleihen von Büchern u. Abgabe derselben. — **Museum der Provinz Sachsen für heimathl. Geschichte u. Alterthumskunde:** unentgeltlich geöffnet Sonntag, Dienstag u. Donnerstag v. 11—1 Uhr in der ehemal. Residenz, Domgasse 5. — **Gerichtsschreibereien d. Kgl. Landgerichts:** Dienststunden von Vm. 8 bis 4 Nm. u von 3 bis 6 Ab. — **Kgl. Kreiskassen des Stadtkreises und des Saalkreises:** Dienststunden Vorm. von 8 bis 12½ u. Nachm. von 3—5. — **Standesamt:** Vorm. von 9—1 u. Nach. v. 3—5 geöffnet im Sparkassengebäude Rathhausgasse Nr. 1. Montag, Mittwoch und Sonnabend Eheschließungen. — **Städtisches Leihhaus:** Expeditionsstunden von Vorm. 8 bis Nachm. 1. — **Städtische Sparkasse:** Kassenstunden Vorm. 8—1 u. Nachmittag 3—4. — **Sparkasse f. d. Saalkreis:** Kassenstunden Vm. 9—1 u. Nm. 4—5 Sophienstr. 10. — **Spar- u. Vorschuß-Verein:** Kassenstunden Vm. 9—1 u. Nm. 3—5 Brüderstr. 6. — **Börsenversammlung:** Vorm. 7½ im Börsengebäude gr. Berlin 13. **Patentschriften-Lesezimmer:** Magdeburgerstraße Nr. 4, 1 Treppe hoch, geöffnet von 8—12 Uhr Vorm. u. von 2—6 Uhr Nachmittag. — **Volksbibliothek:** von 7—8 Uhr Abds. geöffnet im Rathhaus. — **Lehrer-Verein Halle:** 8 Uhr Abds im „Hotel garni zur Tulpe". — **Kaufmännischer Verein:** Ab. 8 Geselligkeitsabend und offene Bibliothek. — **New English Club:** Ab. 8 im „Deutschen Hof" Franckenstraße. — **Kaufmänn. Verein „Merkur":** Ab. 8 im „Reichskanzler". — **Kaufmänn. Verein „Solidia":** Ab. 8 im Restaurant „Reichskanzler." — **Arends'scher Stenographen-Verein:** Uebung u. Sitzung Abds. 8½ Uhr im Café Eberhardt, Spiegelgasse 13. — **Verein selbstständiger Conditoren:** Abds. 8 im „Reichskanzler". — **Sang u. Klang:** Abends 8—10 Uebungsstunde im „Kronprinzen". — **Gesangverein Arion:** Abds 8½ Uebungsstunde in Weidenhammer's Restauration. — **Gesangverein Lydia:** Abds. 8 im „Reichskanzler". — **Hallescher Zither-Club:** Abds. 8 Uhr Versammlungs-Abend bei Herrn Nesse in der „Stadt Berlin, Leipzigerstraße 47. — **Rich- und Waageamt:** großer Berlin 16a). Wochentags von 8—12 Uhr Mittags und 2—6 Uhr Abends. — **Botanischer Garten:** (gr. Wallstr. 22). Wochentags 6—12 und 1—6 Uhr. — **Städtische Anstalt für Arbeitsnachweisung.** Inspektor Merten, Arbeitsanstalt. — **Verpflegungsstation I.** für fremde Reisende: ebendaselbst. — **Herberge zur Heimath:** Mauergasse 6b. —

Familien-Nachricht.

Gestern Abend entschlief sanft in dem Herrn nach kurzem Krankenlager unser lieber Gatte und Vater der Pfarrer

Robert Grenzdoerfer,

was wir theilnehmenden Freunden und Bekannten hierdurch tiefbetrübt anzeigen. [21292

Althergberg bei Herzberg (Elster),
den 15. Januar 1887.

Marie Grenzdoerfer geb. **Praedicow**
nebst Tochter.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872167818870118 1-18/fragment/page=0004